

Aufgrund der §§ 5 und 44 Abs. 1 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern vom 18. Februar 1994 (GVO Bl.M - V, S. 249) und der §§ 5 und 6 Absätze 2 und 4 des Ausführungsgesetzes zum Abwasserabgabengesetz des Landes Mecklenburg -Vorpommern (Abw.AG M-V) vom 23.März 1993 (GVO BL.M-V, S 243) und der §§ 1 und 2 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) vom 1.Juni 1993 (GVO Bl. M-V, S. 522) hat die Gemeindevertretung

Staven in seiner Sitzung am 24.01.85 folgende

Satzung über Umlegung der Abwasserabgabe

beschlossen.

§ 1

Gegenstand der Abgabe

- (1) Die Gemeinde _____ legt die Abwasserabgabe um, die sie für die Einleiter, die weniger als acht Kubikmeter je Tag Schmutzwasser aus Haushaltungen und ähnliches Schmutzwasser einleiten, an das Land zu entrichten hat.
Hierzu erhebt sie nach Maßgabe dieser Satzung eine Abgabe.
- (2) Eine Einleitung liegt nicht vor, soweit das Schmutzwasser rechtmäßig auf landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzte Böden aufgebracht wird.
- (3) Eine inleitung ist abgabefrei, wenn der Bau der Abwasserbehandlungsanlage den allgemeinen anerkannten Regeln der Technik entspricht und die ordnungsgemäße Schlammabeseitigung sichergestellt ist.

§ 2

Abgabepflichtiger

Abgabepflichtig ist, wer im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Abgabebescheides Schuldner der Grundsteuer für das Grundstück ist, dessen Schmutzwasser eingeleitet wird. Ist das Grundstück von der Grundsteuer befreit, ist abgabepflichtig, wer ohne diese Befreiung Schuldner der Grundsteuer wäre.

§ 3

Entstehung und Beendigung der Abgabepflicht

Die Abgabepflicht entsteht für vorhandene Einleitungen jeweils zum Beginn eines jeden Kalenderjahres (Veranlagungsjahr), sonst mit dem Ersten des Monats, der auf den Beginn der Einleitung folgt.
Die Abgabepflicht erlischt mit dem letzten des Monats, in dem die Einleitung durch Anschluß an die öffentliche Kanalisation entfällt oder der Abgabepflichtige den anderweitigen Wegfall der Gemeinde schriftlich zeigt.

§ 4

Abgabemaßstab und Abgabesatz

- (1) Die Abgabe wird nach der Zahl der am 01. 01. des Veranlagungsjahres auf dem Grundstück mit Hauptwohnsitz behördlich gemeldeten Einwohner berechnet.
- (2) Die Abgabe beträgt je Einwohner
- | | |
|-----------------|----------|
| ab 01. 01. 1993 | 30,00 DM |
| ab 01. 01. 1994 | 35,00 DM |
| ab 01. 01. 1997 | 40,00 DM |
- im Jahr.

§ 5

Heranziehung der Fälligkeit

- (1) Die Heranziehung erfolgt durch schriftlichen Bescheid, der mit einem Bescheid über andere Angaben oder der Entgeltrechnung der Gemeinde verbunden sein kann.
- (2) Die Abgabe wird am 10. 01. für das vorangegangene Kalenderjahr, frühestens aber einen Monat nach Bekanntgabe des Bescheides fällig.

§ 6

Pflichten des Abgabepflichtigen

Der Abgabepflichtige hat für die Prüfung und Berechnung der Abgabeanprüche erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

§ 7

Ordnungswidrigkeit

Zu widerhandlungen gegen § 6 sind Ordnungswidrigkeiten gemäß § 17 Abs. 2, Abs. 2, Ziff 2 KAG, wenn dadurch Angaben verkürzt oder nicht gerechtfertigte Abgabenvorteile erlangt werden.

§ 8

Anwendung des Kommunalabgabengesetzes

Auf die Abgabe sind die Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes anzuwenden, soweit nicht diese Satzung besondere Vorschriften enthält.

§ 9

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt rückwirkend ab 01. 01. 1993 in Kraft.

_____ , den _____

Gemeinde _____

Bürgermeister

